

# Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse

Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!



Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse

BI-Konvent in Fulda am 24.03.2018

## Stillstand in der Energiewende – Beschleunigung beim Trassenbau?

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Konvent.

Wir freuen uns, endlich einmal an einem gemeinsamen Ort viele Bekannte gleichzeitig zu treffen, mit denen wir - meist aus der Ferne - bereits gut zusammenarbeiten.

Das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse besteht seit Anfang 2014. Es ist ein lockerer Zusammenschluss von Bürgerinitiativen in ganz Bayern, die den Aktionskonsens akzeptieren und aktiv vertreten.

Wir sagen: Der Ausbau eines überdimensionierten Übertragungsnetzes ist unwirtschaftlich, umweltzerstörend und für die Energiewende kontraproduktiv.

**Unser Aktionskonsens ist deshalb: Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!**

Deshalb freuen wir uns, hier und heute ein gemeinsames Zeichen für die Energiewende zu setzen.

Denn die dezentrale Energiewende benötigt dringend eine breite gesellschaftliche Basis.

Die Entwicklungen der letzten Wochen waren für die Stromkunden und für Energiewende-Befürworter alles andere als positiv:

**Erkennbar war, ist und bleibt ein politisch verursachter Stillstand der Energiewende.**

Von einem zeitnahen **Kohleausstieg** ist weiterhin nicht die Rede.

Umso fragwürdiger ist die angestrebte Beschleunigung des massiven Trassenbaus.

Der neue Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier will den Netzausbau zur Chefsache machen.

Altmaier sieht im schnellen Ausbau der Stromnetze eine seiner vordringlichsten Aufgaben: „Netzausbau first“.

Dass er aber auch den Kohleausstieg in den Fokus rücken wird, das sagt er nicht.

Und das macht er tatsächlich auch nicht.

In Stade wird gerade wieder ein neues Kohlekraftwerk geplant.

Eine ideale Lage, um Überschüsse des dunkelgrauen Strommixes in Richtung Süden zu transportieren.

Deshalb fragen wir uns:

Hat der Norden tatsächlich genug sauberen Strom, um auch den Süden mit zu versorgen?

Bislang ist uns leider noch kein offizieller Szenariorahmen und kein Netzentwicklungsplan begegnet, mit dem die Trassenbefürworter ihre Behauptung belegen könnten, dass der massive Netzausbau speziell der Energiewende nützt.

**Hermann Scheer**, einer der wichtigsten Vordenker der Energiewende, hat in seinem bemerkenswert hellsichtigen Buch „Der energetische Imperativ“ geschrieben:

„Dass die etablierten Energiekonzerne ein Supergrid-Konzept favorisieren, ist aus deren Sicht verständlich. Aus der Sicht aller, die den Energiewechsel als höchst dringlich betrachten, ist es dagegen unverständlich, sich darauf einzulassen.

Das Konzept führt zwangsläufig zu einer einseitigen Kanalisierung des Weges zu erneuerbaren Energien und einer Missachtung ihrer technologischen Potenziale – und außerdem zu einer deutlichen Reduzierung der Zahl der Akteure: von einer Bewegung vieler zu einer energietechnokratischen Steuerung.“

Hermann Scheer hat Recht behalten:

Die Bürgerenergie, die dezentrale Energiewende mit regionaler Wertschöpfung wird ausgebremst, wo es nur geht.

Stattdessen soll, so der Plan der Europäischen Energieunion, den Bürgerinnen und Bürgern ein europäisches Mega-Netz als Teil der Energiewende verkauft werden.

Und hier ist man weit von einer Wende hin zu 100 Prozent Erneuerbaren entfernt.

Es ist explizit eingeplant, dass weiterhin Atom- und Kohlestrom ein wichtiger Bestandteil im europäischen Energiemix sind.

Es ist also keine Übertreibung zu sagen, dass das europäische Mega-Stromnetz in der Zeit des Atomausstieges geplant wurde, um den deutschen Stromkunden Atom- und Kohlestrom noch über Jahrzehnte unterzujubeln.

### **Der Trassenbau wird widerrechtlich beschleunigt**

Der Netzausbau ist in diesem Ausmaß aber keine physikalische Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung.

Eine politische Entscheidung, die Wirtschaftsminister Altmaier nach eigener Aussage beschleunigen und gesetzlich forcieren will.

Doch genau hier liegt einiges im Argen.

Denn die **rechtlichen Grundlagen für die gesamte Netzausbau-Planung** sind äußerst zweifelhaft.

Nach Aussagen renommierter Rechtsexperten ist das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) sowohl mit Europarecht als auch mit der Aarhus Konvention nicht vereinbar.

Denn die gesamte Netzausbau-Planung, die mit dem Szenariorahmen beginnt, beinhaltet ein gravierendes Versäumnis:

Die Bestimmungen der Aarhus Konvention garantieren der betroffenen Öffentlichkeit bei Umweltverfahren den Zugang zu Gerichten, wenn alle Optionen noch offen sind.

Nur hier, ganz am Beginn des Planungsverfahrens, wären noch „alle Optionen offen“.

Es besteht aber keine rechtsverbindliche Einspruchsmöglichkeit gegen ein Szenario, das nur Stromtrassen als Umsetzung der Energiewende sieht.

Deshalb fordert das Aktionsbündnis den Stopp des widerrechtlichen, zentralistischen und intransparenten Planungsverfahrens beim Netzausbau.

### **Strategische Einbindung - Vom Sinn des Bündnis Hamelner Erklärung**

Damit die bittere Pille des angeblich unumgänglichen Trassenbaus leichter geschluckt wird, lassen sich die Verantwortlichen einiges einfallen:

Am Sümlink kennt man das ja schon länger, aber auch in den vom Südostlink betroffenen Landkreisen sind besorgte Landräte dem sogenannten „Bündnis Hamelner Erklärung e.V.“ beigetreten.

Seit dem 12.03.2018 gibt es den eigens gegründeten „Ausschuss SuedOstLink“ im Hamelner Bündnis.

Die Landräte treten bei in der Annahme, nur dadurch würden sie ausreichend Mitspracherecht und Rechtssicherheit bei der Planung der Trasse erhalten.

Wir Bürgerinitiativen vom Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse warnen eindringlich vor dem Hamelner Bündnis.

Denn dies ist strategische Einbindung vom Feinsten.

Es geht explizit nicht um die Verhinderung einer unnötigen Trasse oder um die Interessen der Menschen vor Ort, sondern um eine Planung ohne spürbaren Widerstand.

Die vom Hamelner Bündnis beauftragten Berater sind keineswegs unbefangen, sondern arbeiten seit Jahren im Auftrag von Netzbetreibern, Energiekonzernen und Bundesbehörden. Es sind dieselben Juristen, die mitverantwortlich für die Erstellung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes sind, es sind dieselben Institute, die Aufträge der Netzbetreiber annehmen und die Bundesnetzagentur (BNetzA) beraten.

Den sogenannten Beratern muss also eine hochgradige Befangenheit attestiert werden.

Dass die Aarhus-Konvention und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger für die Berater des Hamelner Bündnisses erklärtermaßen keine Rolle spielen, verwundert da schon nicht mehr.

Es geht also nicht um die Rechte der Betroffenen. Es geht um Ruhe und Frieden bei der Planung der Trassen und auf den Baustellen.

Den Menschen soll eingeredet werden, Widerstand sei zwecklos.

Und, liebe Betroffene, die Zerstörung der Natur vor Ort wird, dank des Einsatzes vom Hamelner Bündnis, so schmerzlos wie möglich von statten gehen - versprochen!

### **Traumrenditen für Neubau von Trassen sollen bleiben**

Dass dem geplanten Netzausbau Vorrang auf allen Ebenen eingeräumt wird, sieht man auch an der gerade gefallen Entscheidung um die Eigenkapital-Renditen beim Netzausbau:

Am 22.03.2018 entschied das Oberlandesgericht Düsseldorf, dass die Bundesnetzagentur die garantierten Eigenkapital-Renditen der Netzbetreiber nicht wie geplant kürzen dürfe.

Es war vorgesehen, ab 2019 die Rendite von stattlichen 9,05 Prozent auf 6,91 Prozent zu senken — für ein risikoloses Geschäft noch immer mehr als genug.

Ausbaden dürfen das die Stromkunden, denen nun deutlich höhere Kosten drohen.

### **Notwendige Reaktionen der Trassengegner**

Auf so viel Ignoranz der Verantwortlichen kann es nur eine Antwort geben: Unnötige, für die Energiewende schädliche Trassen dürfen nicht gebaut werden.

Werte Vertreterinnen und Vertreter der angeschlagenen Großkonzerne, liebe Trassenbefürworter unter den Politikerinnen und Politikern, wenn Ihr angeblich Trassen für die Energiewende wollt, dann müsst Ihr erst mal beweisen, dass Ihr die Energiewende überhaupt könnt und wollt.

Wir Bürgerinnen und Bürger können vor allem eins erkennen, Fakten sprechen eine deutliche Sprache:

Die Energiewende wird ausgebremst,

einen Kohleausstieg gibt es nicht,

aber wir brauchen angeblich Netze für die nicht vorhandene Energiewende.

Erkennbar ist, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger werden bei der Netzplanung nicht berücksichtigt.

Der Netzausbau mit überhöhten Renditen geht auf Kosten der Stromkunden, die Energiearmut in Deutschland und Europa wächst.

Und die Entwicklungen gehen vor allem auch auf Kosten der dezentralen Energiewende.

Ja, wir haben sehr gute Argumente gegen den massiven Netzausbau und gegen den Bau von Gleichstromtrassen durch Deutschland.

Widerstand braucht ein schlüssiges argumentatives Fundament.

Aber, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, Widerstand braucht vor allem auch sichtbare Zeichen, ein gesundes Maß an Empörung. Wir brauchen auch den Protest auf der Straße, und dieser Widerstand darf sich nicht mit Beruhigungspillen einlullen lassen.

Der Präsident der Bundesnetzagentur Jochen Homann hat einen sehr schönen und wahren Satz geprägt:

**"Eine Planung gegen die Totalablehnung in manchen Regionen war schlicht nicht erfolgsversprechend."**

Was wir also brauchen, ist eine „Totalablehnung“ gegen total unnötige Trassen.

Was wir nicht brauchen, ist ein Vorgehen nach dem Sankt Florians Prinzip.

Das Sankt-Florians-Prinzip ist gesellschaftlich und moralisch fragwürdig. Und es führt nicht zum eigentlichen Ziel:

Eine unnötige Trasse kann man verschieben, man kann sie auch vergraben, aber sie bleibt trotzdem sinnlos!

Letztlich wird alles davon abhängen, ob die Menschen vor Ort bereit sind, sich auch selbst für die Energiewende einzusetzen. Ob sie Teil davon werden wollen.

Und ob sie bereit sind, für ihre Region, für den Schutz der Natur vor Ort auf die Straße zu gehen.

Die Wahrnehmung der Trassengegner in der Öffentlichkeit ist meist die von NIMBYs. Es gehe den Betroffenen eigentlich nur darum, die Trasse vor der eigenen Haustür wegzubekommen, so der oft erhobene Vorwurf.

Es erstaunt uns nicht, dass diese Empörung gegen die Menschen vor Ort verwendet wird. NIMBYs (Not In My Backyard), Wutbürger, sogar als AfD-nah wurden wir schon diffamiert - und das in offiziellen wissenschaftlichen Studien über den Widerstand der Trassengegner.

Die Diffamierung als „Wutbürger“ ist aber auch ein sehr probates Mittel, um Menschen zum Schweigen zu bringen. Innerhalb der Bürgerinitiativen ist dies ein häufiges Thema: „Wie schaffen wir es, nicht unsachlich zu wirken?“

Eine provokative, aber notwendige Frage fällt mir dazu ein: Warum wollen wir keine Wutbürger sein?

Wollen wir uns wirklich hemmen lassen von einem Begriff, der gezielt als Diffamierungs-Strategie gegenüber demokratisch engagierten Bürgern ins Spiel gebracht wird, sobald eine Gruppe von Menschen es wagt, sich für die Bewahrung des rechten Maßes einzusetzen?

Diese Wut, diese Empörung ist der notwendige und gesunde Motor unseres Widerstandes gegen Wirtschaftslobbyisten, deren Ziel ungebremstes Wirtschaftswachstum ist, deren Ziel nicht die Durchsetzung einer Energiewende ist, die auf das Wohl der gesamten Bevölkerung ausgerichtet ist.

Gegen den Klimawandel kämpfen, für die Erhaltung der Natur, für den sozialen Frieden, all das sind Dinge, die es zu erhalten gilt.

Ein ehemaliger Résistance-Kämpfer, Stéphane Hessel, hat für diese innere Haltung eines wahren, mutigen Wutbürgers überzeugende Worte gefunden und er hat sie in seiner Streitschrift mit dem Titel „**Empört Euch!**“ festgehalten:

„Mischt euch ein, empört euch! Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es so weit gebracht hat, Frieden und Demokratie zu gefährden. Ich wünsche euch allen, jedem Einzelnen von euch einen Grund zur Empörung. Das ist kostbar.“

Ich denke, eine wohldosierte, überlegte Empörung wirkt genau so, wie es für eine Gesellschaft überlebensnotwendig ist: konstruktiv, nicht hemmend oder zerstörerisch.

Ich schließe deshalb mit einem Zitat des Restiance-Kämpfers, das das **Prinzip der „konstruktiven Verhinderung“ von Megatrassen** für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau sehr gut wiedergibt:

„Neues schaffen heißt  
Widerstand leisten.  
Widerstand leisten heißt  
Neues schaffen.“